1. Klimaschutz als Lebensgrundlage

- A. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die aktuelle Gesetzgebung zum Klimaschutz in Bonn umgesetzt wird?

Entspricht die Umsetzung Ihrer Meinung nach auch den Zielen des Pariser Klimaabkommens?

Der Bonner Klimaplan wird von uns unterstützt und basiert auf den Zielen des Pariser Klimaabkommens.

- B. Wie beurteilen Sie den Stand der Dinge im Klimaplan 2035 der Stadt Bonn?

Der Bonner Klimaplan konkretisiert das mit breiter Mehrheit beschlossene Ziel der Klimaneutralität bis 2035: Er legt das Restbudget an Treibhausgasemissionen fest, das Bonn nicht überschreiten will. Einerseits sind diese Ziele nicht ambitioniert genug: Bei der Bilanzierung wird viel ausgeblendet, und das Restbudget ist für das 1,5-Grad-Ziel großzügig bemessen. Andererseits wird es sehr herausfordernd, selbst diese Ziele zu erreichen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten. Volt fordert, dass der Umsetzungsprozess des Klimaplans transparenter gestaltet wird und die Empfehlungen aus dem stadtgesellschaftlichen Mitwirkungsverfahren "Bonn4Future" nachvollziehbar umgesetzt werden. Die beschlossenen Maßnahmen müssen immer wieder auf den Prüfstand, um die begrenzten Ressourcen möglichst effizient für den Klimaschutz einzusetzen. Der Klimaplan soll auf Grundlage dieser Evaluationen und neuer Erkenntnisse fortgeschrieben werden. Klimaschutz muss eine breite gesellschaftliche Transformationsbewegung sein. Die Bürger*innen müssen daher mit einbezogen werden und in ihrem persönlichen Bereich dazu beitragen wollen, die Ziele zu erreichen.

- C. Welche Arbeitsgebiete in diesem Plan finden Sie besonders wichtig und wo sind Sie / ist Ihre Partei direkt aktiv?

Besonders großen Handlungsbedarf sehen wir im Wärmebereich. Die Gebäude in Bonn sind überwiegend alt und unsaniert und werden zu über 80% mit fossilen Energieträgern beheizt. Der kommunale Wärmeplan soll möglichst noch in der laufenden Ratsperiode beschlossen werden, ist allerdings auch nur der erste Schritt zum Umbau der Wärmeversorgung in Bonn. Die jetzige Wärmeplanung betrachtet nur die Möglichkeiten innerhalb der Stadtgrenzen. Kooperationen mit Nachbargemeinden können für beide Seiten Vorteile bringen und sollen angegangen werden. Außerdem müssen die Möglichkeiten für große saisonale Wärmespeicher weitergehend untersucht werden, um möglichst viel ohnehin anfallende Wärme für die Heizperiode verfügbar zu machen.

Außerdem ist es uns ein wichtiges Anliegen, den Klimaschutz vermehrt in alle Politikbereiche einzubeziehen. Die Auswirkungen auf unser Klima abzumildern, ist eine Querschnittsaufgabe. Auch in diesem Wahlprogramm spielt Klimaschutz in vielen Bereichen eine entscheidende Rolle, besonders bei Wohnen, Bauen, Wirtschaft und

Mobilität. Im Rat setzt sich Volt dafür ein, dass Klimaschutz ein hohes Gewicht bei allen Abwägungen und Entscheidungen hat.

2. Gemeingüter als Lebensgrundlage

Gemeingüter wie Wasser, Grundnahrungsmittel, Wohnraum und Freiflächen sind Grundbedürfnisse der Menschen und müssen jedem Menschen zur Verfügung stehen. Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Gemeingüter grundsätzlich vor Spekulation, Privatisierung und Ausbeutung geschützt werden?

A. Welche Maßnahmen planen Sie in Ihrer Gemeinde, um dies zu unterstützen?

Volt ist gegen Privatisierung von Allgemeingütern, um damit spekulative Gewinne zu erzielen. Auf kommunaler Ebene bedeutet das, dass städtische Gebäude und Grundstücke nicht mehr veräußert werden sollten. Die Trinkwasserversorgung der Öffentlichkeit wurde durch die Installation mehrerer Trinkwasserbrunnen zumindest ansatzweise sichergestellt. Dieses Projekt muss zeitnah evaluiert und ausgebaut werden. Grundsätzlich muss die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand bleiben. Die Lebensmittelpreise können auf kommunaler Ebene kaum beeinflusst werden. Volt setzt sich aber z.B. weiterhin für das kostenlose Mittagessen an Schulen für Schüler:innen mit Bonnausweis ein.

B. Wie denken Sie sind Ihre Eigenbetriebe diesbezüglich aufgestellt und wie möchten Sie im Falle von Verstößen gegen das "Gemeinwohl-Gebot" eingreifen?

Siehe Antwort A.

C. Welche Gemeingüter sind derzeit nicht unter öffentlicher Kontrolle und wie möchten Sie diesbezüglich eingreifen?

Siehe Antwort A.

3. Messung von Wohlergehen und Lebensqualität

Um das Gesellschaftliche Ziel von einem "Guten Leben für alle" messbar zu machen, fordert die Gemeinwohl-Ökonomie ein Wohlfahrtsmaß ([Gemeinwohl-Produkt](#)) in Ergänzung zum BIP. Dieses misst das Wohlergehen in allen sozialen und ökologischen Bereichen der Gesellschaft. Auf lokaler Ebene gibt es bereits Pilotprojekte, die Indikatoren für ein Gemeinwohl-Produkt evaluieren (Gemeinwohl-Indizes).

A. Unterstützen Sie, dass ein Gemeinwohl-Produkt ein Maßstab für Entscheidungen wird?

Volt Deutschland unterstützt die Nutzung alternativer Wirtschaftsindikatoren. Das BIP sollte nicht mehr als einzige Bezugsgröße für die Messung der Wirtschaftsleistung

zugrunde gelegt werden. Neue Indikatoren, die soziale und ökologische Faktoren einbeziehen, werden entwickelt, um unsere Wirtschaftsleistung realistischer zu messen. Auf kommunaler Ebene unterstützen wir die Erprobung in Pilotprojekten von derartigen Initiativen, insgesamt muss dies allerdings eher auf Bundesebene in Angriff genommen werden.

- B. Werden Sie Verwaltungsvorschriften, die gemäß der Gemeinwohl-Indikatoren negative Wirkungen auf das Gemeinwohl haben, als Ratsmitglied ablehnen? Warum würden Sie sie ablehnen bzw. ihnen zustimmen?

Wir beantworten die Fragen hier hinsichtlich unserer Partei in Bonn. Einzelne Ratsmitglieder können hierzu dann auch später befragt werden.

- C. Auf lokaler Ebene könnten Faktoren des Gemeinwohl Produkts wie Ökologische Nachhaltigkeit, Einhalten der Menschenrechte, Teilhabe, Lebensqualität und Zufriedenheit aber auch die Beiträge zur Gesellschaft ermittelt werden. Wie stellen Sie sich Ermittlung und Auswirkungen daraus vor?

Siehe Antworten im Folgenden.

Setzen Sie sich dafür ein,

- A. Dass alle Organisationen und Geschäftspartner der Stadt eine solche Bilanz erstellen müssen? Welche Maßnahmen würden Sie dafür ergreifen?

Im Rahmen des Nachhaltigkeitshubs, der von Volt ins Leben gerufen wurde, wurden Einführungsveranstaltungen zum Thema Gemeinwohlbilanz durchgeführt. Zukünftig könnten Arbeitsgruppen Bonner Unternehmen zur Durchführung von Gemeinwohlabilanzen unterstützen.

- B. Die Vergabe öffentlicher Aufträge durch Stadt- oder Gemeindeverwaltung auf Grundlage der nachgewiesenen Gemeinwohl-Wirkung eines Unternehmens z.B. durch die GWÖ-Bilanz erfolgt?

Da bisher sehr wenige Unternehmen eine Gemeinwohlabilanz haben, könnte dadurch die Beschaffung unmöglich gemacht werden. Wir unterstützen aber, im Rahmen einer Pilotierung diesbezüglich als Stadt Erfahrungen zu sammeln.

- C. Die steuerliche Be-/Entlastung von Unternehmen sowie insb. Subventionen von Unternehmen an das Ergebnis einer geprüften Gemeinwohl-Bilanz geknüpft werden - sofern rechtlich möglich?

Gewerbsteuer kann aktuell nicht an solche Forderungen geknüpft werden. Rechtlich liegt diese Entscheidung nicht im Spielraum der Kommune. Auf kommunaler Ebene unterstützen wir aber andere Anreize, wie z.B. Beteiligung an Fonds o.ä. zu prüfen.

4. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Das LkSG, das der Bundestag verabschiedet hat, ist an entscheidenden Stellen unzureichend. Stimmen Sie als Ratsmitglied für eine lokale Verbesserung der Beschaffungsregeln mit folgenden Forderungen:

- A. Verpflichtung von Unternehmen durch entsprechende Ausgestaltung der Einkaufsregeln zur Sorgfalt entlang der gesamten Wertschöpfungskette um gleichauf mit den Anforderungen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu sein

Selbstverständlich. Dies hat die Stadt Bonn bereits in ihre Beschaffungsrichtlinien aufgenommen und ist eine Vorreiterin in der Republik.

- B. Damit ein Lieferkettengesetz wirkt, muss es eine zivilrechtliche Hanhabung ermöglichen und Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen im Ausland die Möglichkeit geben, vor deutschen Gerichten Schadensersatz von verantwortungslos handelnden Unternehmen einzuklagen.

Ja. Da dies allerdings nationale bzw. EU-Gesetzgebung ist, ist hier die Kommune nicht handlungsbefugt.

- C. Wie wird derzeit in Ihrem Zuständigkeitsbereich für die Einhaltung des Lieferkettengesetzes gesorgt?

Sind die Zuständigkeiten klar geregelt/ wer ist zuständig?

Gibtes klare Beschaffungsregeln und welchen Einfluss nehmen Sie auf diese?

Die Stadt Bonn hat sich zum LKSG bekannt, und in der Beschaffung auch darüber hinausgehend. Oftmals ist es jedoch schwierig, da bei Ausschreibungen nicht ausreichend Angebote seitens der Wirtschaft eingereicht werden. Daher fordert Volt, dass es mehr Marktdialoge gibt, um im Austausch mit den Unternehmen die Bedürfnisse der Stadt zu artikulieren.

5. Plebiszitäre Elemente für mehr demokratische Mitbestimmung

- A. Können Sie sich vorstellen, dass Bürgerräte auf kommunaler Ebene zu verbindlichen Institutionen werden?

Ja, absolut. Volt strebt insgesamt eine größere Einbindung der Bürger*innen an. Ein wesentliches Element ist die regelmäßige Einberufung eines repräsentativ besetzten Bürger*innenrates, der sich mit durch die Bürgerschaft festgelegten Themen befasst und

dem Stadtrat Maßnahmen empfiehlt. Dieses Vorgehen wird durch Fachbeiträge und eine externe Moderation unterstützt.

- B. beschreiben/benennen Sie die in Ihrer Gemeinde gültigen Bürgerbeteiligungsverfahren. Bitte schätzen Sie ein, wie gut/sinnvoll/effektiv diese genutzt werden und welche Maßnahmen Sie planen, um diese zu verändern (... zu verbessern ...)

Siehe Antwort C.

- C. Planen Sie Maßnahmen, um die bestehende Bürgerbeteiligung Richtung Bürgerräte zu entwickeln und welche Befugnisse sollen die Bürgerräte dann haben?

Ja, Volt strebt die Etablierung eines kontinuierlichen Bürger*innenrates an. In diesem Rat kommen repräsentativ ausgeloste Bürger*innen der Stadt zwei- bis dreimal im Jahr zusammen und beraten über ein städtisches Thema, das zuvor von der Bürgerschaft vorgeschlagen wurde. Die vom Bürger*innenrat entwickelten Empfehlungen werden dem Stadtrat übergeben, der sie in der politischen Arbeit soweit rechtlich umsetzbar berücksichtigen muss.